

Neue Regierung : Alte Probleme

Egal, welche Koalitionsvariante sich durchsetzt: Die unter Schwarz-Blau begonnenen Angriffe werden weitergehen. Wer auch immer den Juniorpartner für die ÖVP gibt, die „Standortsicherung“ zugunsten der Reichen wird die zentrale Aufgabe der künftigen Regierung sein. Die Grünen sind zu Zugeständnissen bereit und auch die FPÖ ist nicht aus dem Rennen.

Seite 2

Trudeau: Der Lack ist ab

Die Wahlen im Oktober waren ein Rückschlag für Justin Trudeau, den ehemaligen Liebling der Liberalen auf der ganzen Welt. Denn Trudeau hat sich als ganz normaler Politiker gezeigt, Wahlversprechen nicht gehalten, manipuliert und Politik im Dienste des Großkapitals gemacht. Bill Hopwood von der Socialist Alternative aus Kanada berichtet.

Seite 12

Schwerpunkt

Dem Zusammenbruch des Stalinismus vor 30 Jahren folgte Instabilität statt harmonischer kapitalistischer Weltordnung. Doch der Weg Richtung Kapitalismus war nicht vorgezeichnet.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983 Nr. 282 | 11.19

Höhere Löhne und Gehälter durchsetzen!

Jeden Herbst startet der Metallbereich die Saison der Kollektivvertragsverhandlungen: eine Möglichkeit, echte Verbesserungen durchzusetzen. Doch die Gewerkschaftsspitze geht jedes Jahr nach demselben Schema vor – das Ergebnis sind faule Kompromisse und schwache Abschlüsse.

Viele Unternehmen haben in den letzten Jahren Rekordprofite eingefahren. Höchste Zeit, dass wir endlich ordentliche Lohn- und Gehaltserhöhungen durchsetzen! Dafür reichen Verhandlungen nicht, dafür braucht es Arbeitskämpfe.

nen wir uns nicht verlassen, denn eines haben alle möglichen Kurz-Juniorpartner gemeinsam: die Interessen der Arbeiter*innenklasse sind für sie keine Koalitionsbedingung!

Brechen wir die Routine. Wir brauchen einen branchenübergreifenden Kampf für gemeinsame Forderungen, z.B. einen einheitlichen Mindestlohn von 1.700 € und die Rücknahme des 12-Stunden-Tages sowie eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und mehr Personal.

2018 hatte die ÖGB-Spitze versprochen, in



Schluss mit der Routine bei den Kollektiv-Verträgen: Echte Verbesserungen müssen erkämpft werden!

fe. Diese sind auch wichtig, um uns für die kommende Wirtschaftskrise aufzustellen. Wir müssen die KV-Runden nutzen, um die Verschlechterungen der letzten Regierung zurückzuschlagen. Auf eine kommende Regierung können

den KV-Verhandlungen die Verschlechterung des 12-Stunden-Tages wieder „reinzuholen“. Getan hat sie nichts dergleichen. Auf sie ist also kein Verlass! Wir brauchen demokratische Verhandlungen, bei denen die Basis

über Forderungen, Strategie und über jeden Abschluss entscheidet. Und wir brauchen den Mut zu Streiks – denn Verhandlungsgeschick wird die Bosse nicht überzeugen.

Daher brauchen wir grundlegende Veränderungen in den Gewerk-

schaften. Die Beschäftigten im privaten Sozialbereich zeigen die Richtung an: seit Jahren organisieren sich Betriebsrät*innen und aktive Beschäftigte und haben so dazu beigetragen, dass in den letzten zwei Jahren im Sozialbereich gestreikt wurde. Daran sollten wir auch in anderen Bereichen anknüpfen, um endlich kämpferische KV-Runden durchzusetzen.

Christoph Glaninger

Wir fordern:

- Einen Kurswechsel und eine offensive Strategie bei den Lohnverhandlungen
- Koordinierung der KV-Lohnrunden: gemeinsame Forderungen und Mobilisierungen!
- Demokratie: kein Abschluss ohne Urabstimmung!



Von Sonja Grusch Österreichs Telenovela: Intrige, Verrat und dunkle Hintermänner sowie die treu liebende Ehefrau. Die FPÖ-Strache-Krise können wir erste Reihe fußfrei verfolgen. Mein Mitleid hält sich in mikroskopischen Grenzen.

Was bringt die Fortsetzung? Eine Liste Strache? Finanziell sicher interessant, denn wie sollen Familie, Hund und Luxusdomizil von Philippas schlappen 8.930,90 monatlich leben können?

Packeln die Straches vielleicht mit den neofaschistischen Identitären? Oder macht er doch auf Freund der Wirtschaft und kommt so in Konkurrenz zum Kurs von Hofer und Haimbuchner? Alles Spekulation. Sicher ist allerdings, dass die Krise der FPÖ nicht vorbei ist. Der anhaltende Spagat zwischen brutalem Neoliberalismus und der Rhetorik von der sozialen Heimatpartei funktioniert nur, wenn die Partei von Erfolg zu Erfolg eilt. Bleibt

(Nicht mehr) reich und (nicht so) schön

dieser aus, brechen die inhaltlichen und taktischen Differenzen sowie der Kampf um die verringerten Futtertröge auf.

Die aktuelle Freude über den tiefen Fall des HC darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Rechtsextremismus keineswegs geschlagen ist. Auch eine eventuelle Spaltung ist bestenfalls kurzfristig eine Schwächung – auch deshalb, weil die kommende Regierung mit Kürzungspolitik und Rassismus weitermachen wird. Vielleicht nicht genau gleich, aber „die Richtung stimmt“.

Um FPÖ & Co. den Boden unter den Füßen wegzuziehen braucht es zweierlei: Eine linke, sozialistische Alternative auf der Wahlebene, aber vor allem: Proteste, Bewegungen und Klassenkämpfe, die die Herrschenden in den Chefetagen und ihre Freund*innen in allen etablierten Parteien in Angst und Schrecken versetzen. Und den Reichtum, den es gibt, endlich für alle einzusetzen. Für leistbare Wohnungen, kürzere Arbeitszeiten, sichere Jobs und ein ordentliches Bildungs- und Sozialsystem. Das schwächt die Rechten wirklich.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Foto: Wikimedia Commons, Peter Wuttke

Neue Regierung: Alte Probleme

Sebastian Kurz kann nach den Neuwahlen vom 29. September zwischen drei möglichen Koalitionspartnerinnen wählen und geht gestärkt

Welche Erwartungen des Kapitals hat der künftige Bundeskanzler Kurz zu erfüllen? Unabhängig von den spezifischen Interes-

ihren Geldgeber*innen schuldig. Bzw. waren deren Maßnahmen aus Kapitalsicht nicht nachhaltig genug. Sebastian Kurz hat bereits bewiesen, was er kann. Stichwort: Senkung der Lohnnebenkosten, Steigerung der Produktivität durch Intensivierung der Arbeit und Ausweitung der Arbeitszeiten, Wegfall teurer Überstunden, Kürzung der Mindestsicherung, Einsparungen im Gesundheitswesen etc. zur „Sicherung des Standorts“. Im Klartext bedeutet das: Sinkende Produktionskosten für das Kapital durch „Verschlankung“ des Sozialstaats bei sinkenden Löhnen und erhöhtem Arbeitsdruck für die Beschäftigten. Also Politik für Reiche und Unternehmen.

Stefanie Klamuth

Ausweitung der Arbeitszeiten, Kürzungen bei Sozialem und im Gesundheitswesen zur „Standortsicherung“.

in etwaige Verhandlungen. Noch ist nicht eindeutig, welche Regierungsvariante sich durchsetzt. Absehbar ist allerdings, dass die unter Schwarz-Blau begonnenen Angriffe in der einen oder anderen Form weitergehen werden. Die schwächelnde Konjunktur begrenzt den Spielraum der künftigen Regierung erheblich.

sen der jeweiligen Kapitalfraktion ist die Etablierung eines Niedriglohnsektors und damit ein Ausgleich des Wettbewerbsnachteils gegenüber den Nachbarstaaten (v.a. Deutschland) oberstes Ziel. Was Schröder, Fischer & Co. in den 2000er Jahren geschafft haben, blieben Schüssel, Grasser, Haider & Co.

Sozialabbau mit grünem Anstrich?

Wer glaubt, eine Regierungsbeteiligung der Grünen stelle eine qualitative Veränderung dar, wird gegebenenfalls eines besseren belehrt werden. Es ist nicht anzunehmen, dass Kurz auf Druck der Grünen seine soziale Ader entdeckt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Grünen für einen Regierungseintritt ihr Sozialprogramm einer Wirtschaftspolitik mit grünem Anstrich unterordnen. Das wird unmit-

telbare Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen im Land haben. Grüner Kapitalismus ist eine Illusion, mit der bisweilen zwar Wahlen gewonnen werden können, aber keine echte Veränderung möglich ist. Auch wenn es innerhalb der Grünen kapitalismuskritische Stimmen gibt: die Partei bleibt der kapitalistischen Logik verhaftet und stellt keine echte Alternative – am wenigsten als Juniorpartnerin der ÖVP – dar.

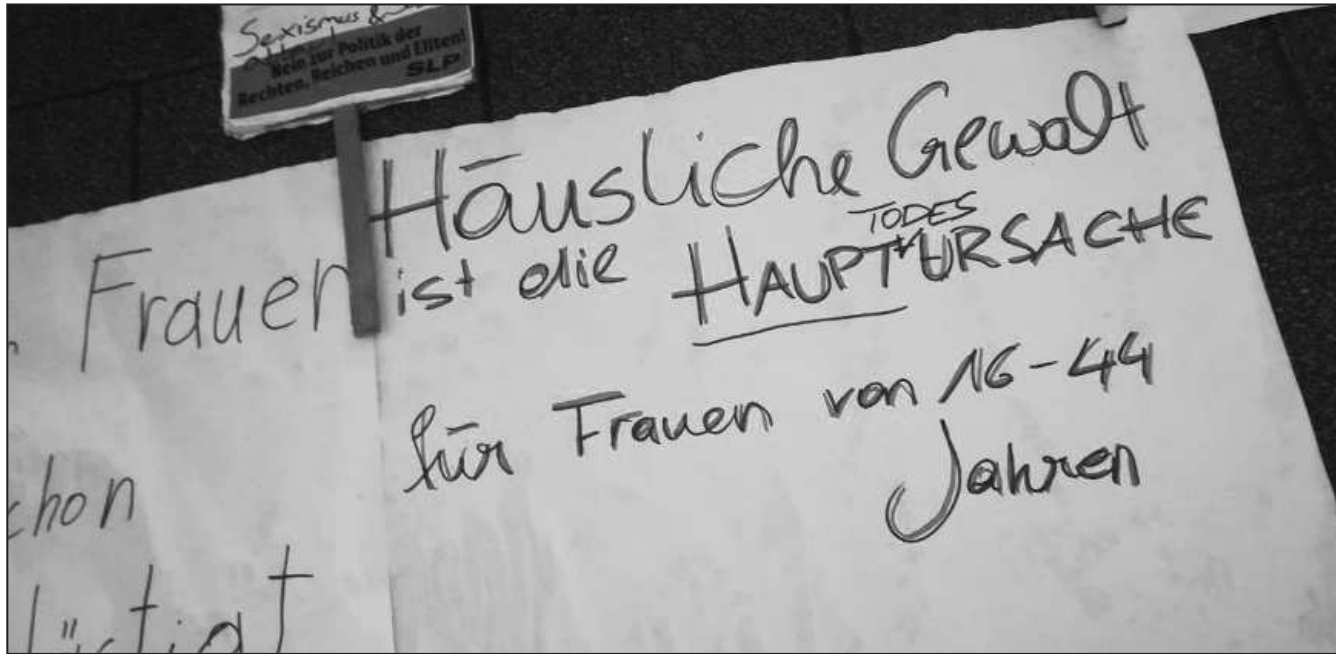


Foto: Wikimedia Commons, Karl Gruber

So weitermachen wie bisher?

Nach der Ibiza-Affäre und dem Spesenskandal rund um Ex-Parteichef Strache versucht die neue FPÖ-Parteiführung, Einigkeit zu demonstrieren. Doch nach anfänglichem Nachgeben gegenüber dem Kickl-Flügel, der Kurs auf Opposition nehmen will, zeigt sich der Flügel um Norbert Hofer, der für aggressiven Neoliberalismus steht, erneut bereit, den Juniorpartner für Kurz zu geben. Hofer hatte zuletzt sogar an-

gedeutet, einen Plan für die Karriere Kickls zu haben, sollte es zu einer Neuauflage von Schwarz-Blau kommen. Die Stolpersteine auf dem Weg in eine Koalition scheinen ausgeräumt. Mit der FPÖ an seiner Seite hat Kurz freie Hand, die großen Angriffe schneller umzusetzen als bei anderen Regierungsvarianten – auch wenn sich das Gesamtausmaß letztlich wenig unterscheiden würde.



Kitzbühel – Ein Einzelfall?

Nach dem Fünffach-Mord in Kitzbühel ist wieder einmal klar geworden, wie dringend der Kampf gegen Gewalt an Frau-

licher und/oder sexualisierter Gewalt ausgesetzt, mindestens jede 3. Frau wurde schon einmal sexuell belästigt.

davon, Hausarbeit und Kindererziehung auf die Familie – und damit auf Frauen abzuwälzen, andererseits spaltet er uns, in-

brechen. Neben gut ausgestatteten Frauenhäusern, Gewaltprävention usw. braucht es deshalb v.a. soziale Verbesserungen. Denn es ist oft nicht nur aus emotionalen, sondern aus finanziellen Gründen ein schwerer Schritt, einen gewalttätigen Mann zu verlassen. Wir brauchen gleiche Löhne für Männer und Frauen, ein Einkommen, von dem man leben kann und Wohnraum, den man sich auch ohne Partner leisten kann. Der ÖGB muss an genau diesen Fragen aktiv werden und so eine gewerkschaftliche Kampagne gegen Gewalt an Frauen organisieren, sowohl am 25. November als auch darüber hinaus.

Moni Jank und Sarah Moayeri

Wir müssen gemeinsam für soziale Verbesserungen kämpfen, die Gewalt an Frauen zurückdrängen können.

en ist. In den bürgerlichen Medien ist die Rede von „Familien- oder Beziehungsdramen“. Damit werden die Morde verharmlost und ignoriert, dass es sich bei Frauenmorden um ein gesellschaftlich produziertes Problem handelt. Denn Gewalt gegen Frauen ist weder eine Ausnahme, noch ein „privates“ Problem, sondern Alltag. Jede 5. Frau ab dem 15. Lebensjahr war schon körper-

In den vergangenen vier Jahren hat sich die Zahl der Frauenmorde in Österreich mehr als verdoppelt. Dass es sich bei den Tätern überwiegend um (Ex-)Partner oder Familienmitglieder handelt, ist weder Zufall noch auf eine pauschale Gewalttätigkeit von Männern zurückzuführen, sondern mit Familienstrukturen im kapitalistischen System verbunden. Einerseits profitiert der Kapitalismus

dem mit „traditionellen“ Rollenmustern Frauenunterdrückung verfestigt wird. Männer sollen dominant sein, Frauen werden als Besitz des Mannes gesehen.

Kürzungspolitik und Sparmaßnahmen sind außerdem der soziale Boden, auf dem Gewalt gegen Frauen wächst: Frustration und Armut befördern Gewalt, Frauen können es sich nicht leisten, auszu-

Kürzungspolitik statt echter Antworten

Die Kürzung der Mindestsicherung zur Sozialhilfe Neu erhöht u.a. den Beschäftigungsdruck auf Bezieher*innen, kürzt bei Mehrkeinfamilien (v.a. von Alleinerzieher*innen) und Migrant*innen (weil an Nachweise von Sprachkenntnissen gekoppelt). Frauen sind besonders hart betroffen, da sie stärker auf Mindestsicherung angewiesen sind. Wien wollte die Kürzung nicht umsetzen – ob das bei Schwarz-Grün hält?

Frauenhäuser sind überfüllt. Aufgrund von Platzmangel oder ihrer Obdachlosigkeit werden viele abgewiesen. Im ländlichen Raum ist der Zugang oft schwerer. 2018 wurde dem Verein Autonomer Frauenhäuser durch das Frauenministerium 6000€ gestrichen. Insgesamt wurden in den letzten beiden Jahren mehr als 400.000€ bei Fraueninitiativen – viele arbeiten im Bereich „Gewalt“ – gekürzt.

2017 kürzte die schwarzblaue Regierung in Österreich die Wohnbeihilfe. Die Voraussetzung einer Erwerbsarbeit oder Sozialversicherungsleistung ist von 36 auf 54 Monate innerhalb der letzten fünf Jahre gestiegen. Nachweise von Deutschkenntnissen müssen vorgebracht werden. Die Miete darf max. 7€/m² betragen, wobei nur max. 3,50€/m² gefördert werden. Ausziehen wird schwerer, wenn Wohnen zu teuer ist.

Das „Gewaltschutzpaket“, noch von ÖVP/FPÖ initiiert, bedeutet höhere Strafen für Gewalttäter. Ausführende medizinischer und therapeutischer Berufe sind verpflichtet, bei Verdacht Anzeige zu erstatten. Gewaltpräventionskurse müssen vom Täter selbst bezahlt werden – Maßnahmen, die von Expert*innen und Frauenhäusern als nicht hilfreich gesehen werden. Sie sollen Law & Order legitimieren und Stimmen fangen.

Der rechte Rand

Hipper patriotischer Rap statt schmuddeligem Rechtsrock – das ist Teil der Strategie der Identitären, mit der sie versuchen, rechtsextreme Ideologien salonfähig zu machen.

Verstaubte völkische Ideologie wird sprachlich neu verpackt – „Kultur“ ersetzt „Rasse“. „Werte“ wie Nationalstolz, Loyalität und Heimatliebe werden betont. Diese Verschleierungstaktik verwendet auch der rechtsextreme Rapper Chris Ares. Er steht den Identitären und dem rechtsnationalen Flügel der AfD sehr nahe, und bezeichnet seine Musik, wie viele NS-Rapper auch, als „patriotischen Rap“.

Um ein breites Publikum mit rechtsextremen Parolen zu erreichen, kann Chris Ares auf die Unterstützung des Arcadi-Vereines zählen. Dieser versucht, über den Arcadi Verlag und Arcadi Musik „einen jungen, hippen, rechten Lifestyle salonfähig zu machen“ wie Stefan Sommer in einem Beitrag für den Bayerischen Rundfunk schreibt.

Die sprachliche Verschleierung und strategisch geplante Strukturen (u.a. Arcadi-Verein) der Neuen Rechten ermöglichen Chris Ares breiteren Erfolg. Seine Single „Neuer Deutscher Standard“ hat es, und das ist keinem NS-Rapper gelungen, in die deutschen Charts geschafft, außerdem ist sie auf Spotify, Amazon und iTunes zu finden. Private Konzerne machen also Profite mit rechtsnationalen Gedankengut – MTV distanzierte sich zwar in einem Artikel von Chris Ares, „muss“ seine Musik jedoch im Rahmen seiner Zusammenarbeit mit den Offiziellen Deutschen Charts veröffentlichen – die Hose des Profits ist halt doch näher als das übergezogene Hemd des Antirassismus.

Philipp Chmel

So geht Streiken im Sozialbereich

Am 19.10 fand in Wien ein Vernetzungstreffen der Basisinitiative im Gesundheits- und Sozialbereich „Sozial, aber nicht blöd“ statt. Aktivist*innen aus 3 Bundesländern, darunter auch Mitglieder der SLP, diskutierten und erarbeiteten Pläne für die kommenden Monate und die Verhandlungen zu den Kollektivverträgen (KV).

Um spürbare Verbesserungen zu erreichen, werden wieder Kampfmaßnahmen notwendig sein. Es ist die Verantwortung der zuständigen Gewerkschaften GPA-djp und Vida, schon jetzt Betriebsversammlungen und branchenweite öffentliche Treffen zu organisieren, um die Kolleg*innen auf einen Streik vorzubereiten. Gleichzeitig können wir es uns nicht leisten, auf die Gewerkschaftsbürokratie zu warten. Wir müssen selbst bereit sein, einen konsequenten Streik durchzuführen. Damit ein Streik erfolgreich ist, müssen einige Aspekte beachtet werden.

Getrennte KVs – Gemeinsamer Streik: Der Gesundheits- und Sozialbereich wurde auf mehrere KVs (SWÖ, Caritas, Diakonie, etc.) aufgeteilt. Dem entgegenwirkend müssen einheitliche Forderungen aufgestellt werden und gemeinsam dafür gestreikt werden. Ziel muss ein gemeinsamer KV sein!

Streikkomitees: Auch wenn Streiks meist von der Gewerkschaft ausgerufen werden – sie werden immer von der Belegschaft getragen. Dazu braucht es Komitees in den Betrieben, die Beschlüsse fällen, Aktionen planen und in ständiger Kommunikation mit anderen streikenden Betrieben und der Gewerkschaft stehen.

Öffentlichkeit: Wenn die Vost-Alpine-Metaller*innen streiken, üben sie direkten ökonomischen Druck aus, weil sich der Streik auf die Profite des Unternehmens auswirkt. In unserer Branche ist das schwieriger. Umso wichtiger ist es, den Druck über die Öffentlichkeit und Medien aufzubauen. Kreative Streikkundgebungen, laute Märsche uvm. sorgen für Sichtbarkeit des Streiks. Außerdem trägt es zur weiteren Vernetzung der Streikenden bei und schafft die Möglichkeit, sich zu solidarisieren.

Urabstimmung: Die letzten Jahre waren viele Kolleg*innen durchaus entschlossen und streikbereit, während die Gewerkschaftsführung hinter geschlossenen Türen miesen Abschlüssen zugestimmt hat. Um das zu verhindern, muss es eine Urabstimmung aller Beschäftigten in den betroffenen Betrieben geben, bevor ein Abschluss gemacht oder der Streik beendet wird.

Nikita Tarasov



Firma nutzt Krise zum Angriff

Wie schon in VORWÄRTS 280 berichtet, gibt es in meinem Werk einen Abbau von 50-70 Stellen. Die deutsche Industrie

ner von der Geschäftsleitung organisierten Betriebsversammlung habe ich das in Erinnerung gerufen, und auch dass wir,

Firmen benutzen die Angst vor Jobverlust, um den Arbeitsdruck zu erhöhen.

und vor allem der Auto-sektor, von dem wir sehr abhängig sind, schwächt stark. Die Kündigungswelle ist die Reaktion darauf. Allerdings hat unsere Firma in den letzten Jahren in Billiglohnländern expandiert. Es wurde also einiges an Geld in die Hand genommen, damit das Unternehmen wächst. Auf ei-

die Arbeiter*innen, dieses Geld erwirtschaftet haben und dass wir es aber sind, die jetzt die Rechnung zahlen sollen.

Mittlerweile zeichnet sich ab, dass die Situation auch dafür genutzt wird, um den Arbeitsdruck zu erhöhen. So wurde z.B. die gesamte interne Reinigung entlassen und beim

Transport gespart, um diese Arbeiten dem Produktionspersonal umzuhängen. Meine Liste DSO hat in den letzten Wochen versucht, den gesamten Betriebsrat zu einem aktiven Handeln gegen diese Entwicklungen zu bewegen. Doch die setzen lieber auf Co-Management und richten sich gegen mein Drängen, Proteste zu entfachen. DSO ist ein Angebot an alle Kolleg*innen, die Widerstand organisieren wollen und setzt sich als Aufgabe, eine größere Betriebsgruppe aufzubauen, um mehr Druck auf Betriebsrat und Geschäftsleitung machen zu können.

Thomas Hauer,
Arbeiterbetriebsrat der
Elektroindustrie

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

+ H&W, so geht's!

Der Kampf der Beschäftigten der von Schließung bedrohten Werft Harland & Wolff im nordirischen Belfast um ihre Jobs war erfolgreich – nicht zuletzt, weil er sich komplett von der laschen Strategie des ÖGB unterschied: Während der Verhandlungen über einen neuen Besitzer wurde der Arbeitskampf unter Einbeziehung aller Beschäftigten vorbereitet. Nach dem Scheitern der Gespräche wurde das Werk besetzt. Gefordert wur-

den Verstaatlichung sowie der Umbau in Richtung nachhaltiger Technologie. Solidarität aus anderen Betrieben und Gewerkschaften wurde organisiert, der Protest durch Banner und Aktionen sichtbar gemacht und mit anderen Arbeitskämpfen und sozialen Bewegungen wie der Pride und den Klimaprotesten aktiv verbunden. Mit Susan Fitzgerald war eine aktive Sozialistin in der Gewerkschaft zuständig für den Kampf.

+ Solidarität im KAV

Die SPÖ-nahe FSG ist in den Gemeindespitälern (KAV) im SPÖ-regierten Wien alles andere als eine kämpferische Vertretung der Kolleg*innen. Doch Beschäftigte an der Basis organisieren sich, um gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen zu kämpfen. Aus der Kampagne „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist mit „Solidarität / Für faire Löhne & Arbeitsbedingungen“ auch eine Liste für die Personalvertretungs-

wahlen entstanden. Im Zusammenhang mit den erfolgreichen Protesten für mehr Personal und die Entscheidungsfreiheit für Beschäftigte, in welchen Vertrag sie wollen, hat „Solidarität“ in zwei Spitälern Mandate bekommen. Wichtig ist nun, dass die Arbeit nicht in den Gremien verschwindet, sondern dass die vielen Aktivist*innen die Politik der Liste diskutieren, organisieren und demokratisch entscheiden.

- Blabla

In einer Presseaussendung schreibt die Gewerkschaft der Privatangestellten GPA zum Equal Pay Day: „GPA/djp kämpft in KV-Verhandlungen für Schließen der Lohnschere.“ Doch es wird nicht gekämpft, sondern höchstens verhandelt – und das auch wenig kämpferisch. Weniger Presseaussendungen mit leeren Worten und mehr echte Organisation an der Basis und Klassenkampf im Real Life wäre nötig, Kollegin Teiber!



Weg mit der Wettindustrie!

Egal, ob vor einem Länderspiel im Hauptabendprogramm, in E-Sports Leagues oder durch Microtargeting auch am Han-

spiel-Giganten Novomatic, der in seinem Geschäftsbericht 2018 die Expansion des (Sport-)Wettenangebots in Deutschland und

eignisse abgeben. Auch aus Videospielen ist die Wettindustrie nicht mehr wegzudenken: Der Markt für das Wetten von in-game Items und Skins ist weltweit knapp 12 Milliarden Euro schwer und deutlich schlechter reguliert als die klassische Sportwetten Industrie. Immer wieder kommen Skandale von Wettbetrug (CS:GO Lotto) oder Spielabsprachen ("Life" in StarCraft II) auf.

Bei vielen Vereinen – insbesondere im E-Sports Bereich – erheben die jeweiligen Sponsoren (interwetten, bet-at-home, win2day, ...) den Anspruch, Fankultur zu sein – frei nach dem Motto: Du bist nur ein Fan, wenn du auf dein Team wettst. Es wird versucht, Wetten als integralen Teil

des Spielerlebnisses darzustellen; Slogans wie "For the love of the game" von Betway sind Ausdruck davon. Nicht überraschend sind in Österreich rund 1,5% der Bevölkerung spielsüchtig und weitere 4% weisen problematisches Verhalten auf.

Das Wachstum der Wettindustrie ist auch eine Folge sozialer Probleme. Mehr und mehr Menschen arbeiten in prekären oder schlecht bezahlten Jobs; die Aussicht, einen guten Job zu bekommen, wird zunehmend unrealistisch – umso größer ist der Wunsch, sich durch einen "Volltreffer" aus der Misere zu holen. Dieser Zusammenhang wird umso klarer, wenn man bedenkt, dass seit 2014 das "kleine Glücksspiel" in Wien verboten ist,

die Nachfrage aber in keiner Weise nachgelassen hat – aus den Spielhöhlen wurden einfach "Wettcafés", auf die sich Novomatic in ihrem Bericht 2018 ebenfalls positiv bezieht. Ein bloßes Verbot hilft also nicht, die Verhältnisse zu ändern.

Der Kampf gegen die Wettkonzerne, die parasitär vom Leid und den Hoffnungen der arbeitenden Bevölkerung leben, muss verbunden werden mit dem Kampf für ein besseres Leben außerhalb dieser Industrien. Sinnstiftende, gut bezahlte und sichere Jobs sind eine Notwendigkeit dafür. Nicht zuletzt auch des Sportes wegen, um ihn wieder frei von Spielsucht oder existenziellen Ängsten genießen zu können.

Stefan Brandl

Kampf gegen die Wettindustrie heißt Kampf für Arbeitsplätze.

dy – es ist unmöglich, der Wettindustrie und ihren Konzernen zu entkommen. Alleine 2017 beliefen sich die Umsätze der Sportwetten Industrie in Österreich auf 1,7 Milliarden Euro – Tendenz steigend. Der Staat erhebt auf Sportwetten nur 2% Steuern, während die Glücksspielindustrie mit 16% besteuert wird. Die Branche ist sehr profitabel für Konzerne wie den österreichischen Glücks-

den USA explizit anstrebt. Dazu kommt eine Vielzahl an Steuerschlupflöchern, von denen Konzerne profitieren können. Novomatic etwa hat mehrere Niederlassungen in Malta, wo Gewinne für Unternehmen mit nur 5% effektiv versteuert werden.

24 Stunden am Tag kann man Wetten über das nächste Tor, den Spielausgang oder eine Vielzahl anderer Statistiken und Er-

Drag-Profit

Drag-Kultur entwickelte sich gegen unterdrückende Normen. Drag Queens waren ein wichtiger Teil der Stonewall Riots. Doch mit den Erfolgen der LGBTQIA-Bewegung entdeckt das Kapital sie als Profitquelle: Die amerikanische TV-Show „RuPauls Drag Race“ wurde von vielen noch als Erfolg für die Sichtbarkeit der Kultur gefeiert, doch nun plant Pro 7 ebenfalls eine Drag-Show – ausgerechnet mit Heidi Klum an der Spitze. Klum hat

in den letzten Jahren mit „Germany's Next Top Model“ nicht nur die Ideologie verbreitet, Frauen müssten ihre Körper schinden, um möglichst gefällig zu sein, sondern auch Millionen verdient. Zurecht wehrten sich im Gespräch mit Vice Drag-Aktivist*innen nun dagegen, als „Cashcows“ vor die Kamera gezerrt zu werden. Statt der Kommerzialisierung von Gegenkultur braucht es eine antikapitalistische LGBTQIA-Bewegung!

Handke und Henker

Der britische Literaturnobelpreisträger Rudyard Kipling unterstützte den General Reginald Dyer mit 26.000 Pfund, nachdem dieser 1919 in Indien ein Massaker an einer unbewaffneten Demonstration verübte – Die Bilanz: 379 Tote und 1.200 Verletzte. George Orwell nannte ihn einen „moralisch unsensiblen, ästhetisch unbefriedigenden Jingo-Imperialisten“. Die italienische Mussolini-Unterstützerin Grazia Deledda erhielt 1926 den Literatur-

nobelpreis. Zur selben Zeit meinte sie, sie „liebe und verstehe“ den Faschismus, der für sie den Kampf um ein gesundes Familienleben und Liebe zur Heimat darstelle. Mit seiner Parteinahme für den Massenmörder Milosevic ist Peter Handke also in guter Gesellschaft. Dass Gegnerschaft zur NATO keineswegs die Unterstützung von Diktatoren bedeutet, bewiesen Sozialist*innen des CWI während des Kosovo-Krieges. Sie argumentier-

ten, dass man sich sowohl gegen die NATO als auch gegen Milosevic stellen konnte und musste. Übrigens: Jean Paul Sartre lehnte den Preis 1964 mit dem Verweis auf seinen imperialistischen Charakter ab, was die skandinavische Presse als „größte Ohrfeige für die schwedische Akademie“ beschrieb. Wenn es ihm um Anti-Imperialismus ginge, hätte Handke das auch tun können – denn eine Ohrfeige hätte die Akademie für ihre Entscheidung verdient.

#RiseUp4Rojava

Am 19.10 fand in zahlreichen Städten in Europa der Aktionstag gegen den Einmarsch der Türkei in Rojava, der kurdischen Selbstverwaltungszone in Nordsyrien, statt. Das „Go“ zum Angriffskrieg gab US-Präsident Trump am 6.10 mit dem Abzug der US-Truppen aus der Region. Damit sind die kurdischen „Volks-“ und „Frauenverteidigungseinheiten“ YPG/YPJ und ihre Verbündeten der „Syrischen Demokratischen Kräfte“ (SDF) nun mit Erdogans Truppen, jihadistischen Söldnern und Bombardements konfrontiert. Das bedeutet nicht nur eine humanitäre Krise mit hundert Toten und hunderttausenden Flüchtenden, sondern könnte auch die Selbstverwaltung kosten. Denn die kurdischen Kräfte haben – angesichts der Bedrohung durch ein türkisches Massaker – ein Bündnis mit Assad geschlossen. Es ist zwar verständlich, dass YPG/YPJ jede Hilfe annehmen, um ein Massaker zu verhindern. Doch das Bündnis mit Assad, dem Henker der Revolution von 2010/11, wird die Gewalt nicht aufhalten können. Im Gegenteil: Dieses Bündnis könnte den kurdischen Milizen ihr Image als Kraft der Befreiung kosten. Und auch der Waffenstillstand, den die USA mit Erdogan aus-

gehandelt haben, geht auf Kosten der Kurd*innen und wird laut kurdischen Medien von der Türkei nicht eingehalten.

Aktivist*innen der SLP in Wien, Graz und Linz waren Teil der Proteste am Aktionstag und in den Tagen davor. Mit Flyern und Reden machten wir Vorschläge, wie die Situation verbessert werden kann und was wir in Österreich konkret tun können. Vor allem die Mitverantwortung von NATO, EU und Österreich wurde angesprochen: Rüstungskonzerne wie Steyr oder Glock liefern Waffen, Munition und Kriegsmaterial in die Region. Mit einem Appell an linke Organisationen, soziale Bewegungen und Gewerkschaften könnte die Basis der Proteste verbreitert werden, die Offenlegung der Bücher aller Unternehmen, die mit der Türkei Geschäfte machen, er kämpft werden und die Waffenlieferungen blockiert werden. In Linz betonte SLP-Aktivist Jan Millonig in seiner Rede: „Wir brauchen einen gemeinsamen Kampf aller unterdrückten Menschen in der Region gegen Kapitalismus und Imperialismus!“ Frieden für die Region kann nur der Sturz der Regime und eine freiwillige, sozialistische Föderation im Nahen Osten bringen.

Moritz Bauer



Schwarz-blaue Altlasten

Schon vor der Bildung der neuen Regierung gab es die ersten Proteste gegen sie: Die von der SLP un-

12-Studenten tag wurde trotz riesiger Beteiligung abgewürgt, bevor er erfolgreich sein konnte.

bedeuten, aber zeigten auch auf, wie Widerstand funktionieren kann. Michael Gehmacher, Be-

12-Studenten tag & Co sind immer noch da – Wo ist der Widerstand des ÖGB?

terstützte Initiative „Sozial Aber Nicht Blöd“ organisierte am 11.10. eine Kundgebung. Zwei besonders aggressive Projekte der letzten Regierung hat sich die Initiative von Beschäftigten aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich herausgegriffen: Sie richtete sich gegen die Mindestsicherungskürzung und den 12-Studenten tag. Der Widerstand durch die Gewerkschaften gegen den

te. Von der Ankündigung, die Mindestsicherungsreform zumindest in Wien nicht umzusetzen, wissen Grüne und SPÖ heute auch nichts mehr. Umso wichtiger ist es jetzt, daran zu erinnern und den Druck auch innerhalb der Gewerkschaften durch solche öffentlichen Aktionen zu erhöhen. Redner*innen klärten auf, was diese Verschlechterungen eigentlich für die Betroffenen

triebsrat und SLP-Aktivist erklärte: „Wir müssen verhindern, dass die nächste Regierung Kurz einfach da weiter macht, wo die letzte aufgehört hat. Statt passiv abzuwarten, was als nächstes kommt, müssen wir jetzt dafür kämpfen, die Verschlechterungen rückgängig zu machen und die Arbeiter*innen für echte Verbesserungen mobilisieren.“

Till Ruster



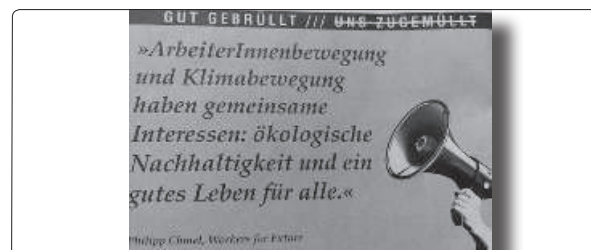
F*CK HSBC

Am 2.10. protestierten SLP-Aktivist*innen vor HSBC Global Asset Management Österreich an einer der nobelsten Adressen der Stadt. Die Aktion war Teil der internationalen Solidaritäts-Kampagne. Der Grund: HSBC in Hong Kong hatte Nathan Leung gefeuert. Nathan ist bei der Sozialistischen Aktion (Schwesterorganisation der SLP in Hong Kong) und verlor seinen Job, weil er Aktivist der Demokratie-Bewegung

ist. HSBC in Wien weigerte sich unter dem Vorwand, dass es sich um einen anderen Geschäftsbereich handle, unsere Forderungen anzunehmen. Solche Ausreden legte HSBC offenbar Verantwortlichen rund um den Globus nahe. Auch in Hong Kong versucht sich HSBC mit dem Argument, Nathan wäre über eine Arbeitsüberlassungsfirma angestellt gewesen, aus der Verantwortung zu stehlen.

Brettros

Andere über uns



Die Zeitung für ÖGB-Mitglieder „Solidarität“ zitiert den Mitinitiator der Initiative „Workers for Future“ Philipp Chmel. Philipp ist aber auch Sozialist und Mitglied der SLP – und „Workers for Future“ ist keine NGO, wie die „Solidarität“ behauptet, sondern eine Vernetzung kämpferischer Arbeiter*innen und Betriebsräte. Zeit, dass der ÖGB nicht nur Beifall klatscht, sondern selbst aktiv wird!

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



30 Jahre Wende: Keine „blühenden Landschaften“

1989–91 erlebte die Welt eine Serie dramatischer Umbrüche in Osteuropa mit dem reihenweisen Sturz stalinistischer Diktaturen. Die Auswirkungen sind bis heute von enormer Bedeutung. Blicken wir zurück: Am 13. September 1989 bildete die Gewerkschaft „Solidarnosc“ in Polen aufgrund einer überwältigen-

Versprechungen und Zuvorsicht endeten in sozialem Desaster, Instabilität und Kriegen.

Innerhalb von nur zwei Jahren wurde die ehemalige DDR vom kapitalistischen Westen übernommen. Ursprünglich lauteten die Forderungen der Demonstrant*innen allerdings "freie Wahlen, freie

on zusammen, in der Folge auch die Tschechoslowakei.

Der Kapitalismus wurde in der gesamten Region wiederhergestellt. Der Kalte Krieg endete mit der Auflösung des Militärblocks Warschauer Pakt, der gegen den US-Imperialismus gerichtet war. Francis Fukuyama kündigte 1992 mit

durch die Abschaffung der abscheulichen bürokratischen Diktaturen das Leben dramatisch verbessert werden würde. Demokratie sollte sich mit sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt verbinden. Doch die Region verbrachte das folgende Jahrzehnt in einer schrecklichen wirtschaftlichen Depression, die schlimmer war als in den 1930er Jahren. Die ehemals zentral geplanten Volkswirtschaften wurden durch das Chaos des „freien Marktes“ ersetzt. Während der deutsche Kanzler Kohl „blühende Landschaften“ versprach, zeigten sich immer stärker Merkmale von „Entwicklungsländern“ bzw. der neo-kolonialen Welt. Selbst die Weltbank als einer der Hauptarchitekten des Übergangs musste offenlegen, dass das Brutto-Inlands-Produkt in Mittel- und Osteuropa bis zum Jahr 2000 um 15% und in der ehemaligen UdSSR um 40% zurückgegangen war. Die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen stieg von 4% auf 20%.

Zum ersten Mal seit 1945 brachen in Europa und Zentralasien Kriege zwischen Staaten aus. Brutale ethnische Konflikte forderten unmittelbar hundertausende Menschenleben. Etwa vier Millionen Menschen wurden vertrieben, als die imperialistischen Mächte und die neuen nationalen kapitalistischen Eliten um das Wrack des ehemaligen Jugoslawiens kämpften. Mindestens 150.000 Menschen starben in den beiden russisch-tschechischen Kriegen und weitere 60.000 im tschetschenischen Bürger*innen-Krieg. Die Konflikte in Moldawien, Georgien, zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie in der Ostukraine sind nach wie vor ungelöst. Ein Blick zurück, um vorbereitet zu sein auf die kommenden Bewegungen.

Ein Schwerpunkt auf Basis eines Artikels von **Rob Jones** von Sotsialisticheskaya Alternativa aus Russland, zusammengestellt von **Franz Neuhold**

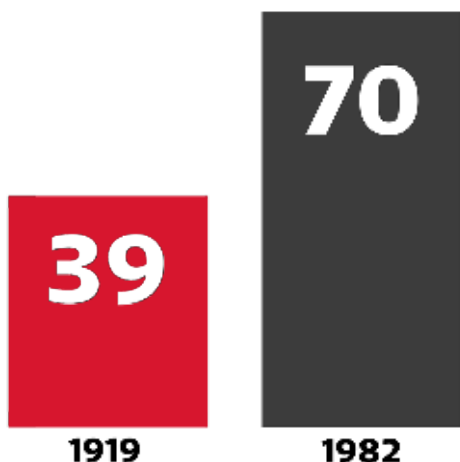
Dem Zusammenbruch des Stalinismus folgte Instabilität statt harmonischer kapitalistischer Weltordnung.

den Mehrheit bei der Wahl die erste „nicht-kommunistische“ Regierung im „Ostblock“ seit 1948. Zwei Monate später wurde die Berliner Mauer niedergelassen. Die spektakulären Ereignisse von 1989 inspirierten, zumindest damals, Arbeiter*innen und arme Menschen auf der ganzen Welt, während Diktator*innen überall vor Angst zitterten. Doch die großen Hoffnungen zerfielen zu Illusionen, große

Medien, Reisefreiheit und demokratischer Sozialismus“. Aufgrund des Fehlens einer organisierten politischen Kraft für den Aufbau einer echten sozialistischen Arbeiter*innen-Demokratie konnte jedoch der westdeutsche Kapitalismus das ganze Land unter seiner Kontrolle wiedervereinigen. In weiterer Folge begann Jugoslawien zu zerfallen. Nach dem gescheiterten Staatsstreich im August 1991 brach die Sowjetuni-

vollem Triumphgehe das "Ende der Geschichte" an. Damit meinte er, dass von nun an keine sozialen Revolutionen mehr stattfinden bräuchten bzw. würden, da der Kapitalismus die höchste Entwicklungsstufe der Menschheit darstelle. Dieser Standpunkt ist mittlerweile genauso Geschichte wie die Herrschaft der stalinistischen Bürokratien. Die Massenbewegungen wurden damals von der Hoffnung angetrieben, dass

Durchschnittsalter des Politbüros der KPdSU



Quelle: John L. Owen, "The CPSU Politburo: The Secret of the Success of the Revolution", Moscow, 1993, S. 129-131.

Aufstände & Stalinismus

- **DDR 1953:** Im Juni 1953 entwickelt sich eine Streikbewegung gegen Lohnkürzungen und Leistungsnormen, die von der SED-Bürokratie eingeführt wurden. Die Bewegung wird von Bau- und Metallarbeiter*innen getragen und erfasst einen Großteil der Parteibasis. Die Führung antwortet mit brutaler Gewalt und tötet dutzende Demonstrant*innen.
- **Ungarn 1956:** Eine Massenbewegung aus Arbeiter*innen und Jugendlichen belebt den Rätegedanken wieder und will echten Sozialismus. Dies ist eine enorme Bedrohung für die Bürokratie im ganzen Ostblock. Am 25. Oktober werden Hunderte erschossen, am 4. November wird die Arbeiter*innen-Revolution durch Kreml-Truppen endgültig niedergeschlagen.
- **Prag 1968:** Der „Prager Frühling“ ist eine Bewegung für einen demokratischen Sozialismus. Wieder schlagen sowjetische Panzer den Aufstand nieder. Kombiniert mit der Vielzahl an Bewegungen rund um 1968 bedeuteten die Prager Ereignisse weltweit die Abkehr einer Vielzahl kommunistischer Aktivist*innen vom Stalinismus.
- **Proteste in Sowjetrepubliken** wegen Umweltverschmutzung: Proteste zu Umweltfragen brechen in den 80ern in Teilen der Sowjetunion aus. Auch kommen in

Folge der Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts Elemente von Nationalismus auf. Dem Ursprung nach sind es dennoch auch soziale Konflikte. Die Luft in vielen Städten ist so verschmutzt, dass die Lebenserwartung zurückgeht. Baikalsee und Kaspisches Meer sind voller Industrieabfälle. Der Aralsee ist aufgrund Brezhnevs erzwungenem Baumwoll-Anbau in Usbekistan praktisch verschwunden.

- **Polen 1970 und 1981:** Die Massenproteste in Polen ab 1970, ausgelöst durch steigende Lebensmittelpreise, bedeuten den Anfang vom Ende des Stalinismus. Auch hier ist der Wunsch nach echtem Sozialismus mit Arbeiter*innen-Demokratie anfangs groß. 1980 bildete sich die größte unabhängige Gewerkschaft der Welt: Solidarnosc. Nur die Verhängung des Kriegsrechts 1981 verhinderte den vollständigen Zusammenbruch des Regimes.
- **Peking 1989:** Am „Platz des himmlischen Friedens“ versammeln sich zigtausende Arbeiter*innen und Student*innen, um gegen das Regime zu protestieren. Zur Bekräftigung ihres sozialistischen Anspruches singen sie unermüdlich die „Internationale“. Die Regierung richtet ein Massaker mit hunderten Toten an.

Entstehung, Wesen und Untergang des Stalinismus

Politik und Selbstverständnis des Stalinismus haben überhaupt nichts mit den Prinzipien der ursprünglichen sowjetischen Revolutionär*innen wie Lenin und Trotzki zu tun. Die Russische Revolution 1917 sollte eine echte demokratische und so-

und der Tschechoslowakei erlebte. Die neue russische Republik wurde von 15 imperialistischen Armeen überfallen. Diese unterstützten die gegenrevolutionären „Weißgardisten“ und richteten enorme Zerstörung an. Viele der besten Arbeiter*innen

handelte es sich um eine politische Konterrevolution, die einen bürokratischen Staatsapparat hinterließ, der große Teile der zaristischen und sogar kapitalistischen Gesellschaft widerspiegelte, die die verstaatlichte Planwirtschaft überwachte und ausnutzte.

Der Stalinismus entstand als Folge der Isolation des revolutionären Russlands.

zialistische Gesellschaft schaffen, in der Reichtum und Ressourcen in öffentliches Eigentum überführt, die Produktion und Verteilung von gewählten Arbeiter*innen-Räten geplant werden sollen. Die Bolschewiki waren Internationalist*innen, die allen Minderheiten im ehemaligen russischen Reich das Recht auf Selbstbestimmung garantierten und sich für eine freiwillige Föderation sozialistischer Staaten aussprachen. Die Bolschewiki waren überzeugt, dass die neue Arbeiter*innen-Republik nur dann überleben und sich Richtung Sozialismus entwickeln könnte, wenn sich die Revolution auch in den fortgeschritteneren Ländern ausweitete.

Leider scheiterte die revolutionäre Welle, die den 1. Weltkrieg beendete und den Sturz der deutschen Monarchie sowie das kurze Aufblühen von Räte-Republiken in Ungarn, Bayern und entsprechenden Ansätzen in Österreich

wurden in die Kämpfe hineingezogen, starben oder hungerten. Andere mussten die Fabriken verlassen, um die neue Gesellschaft irgendwie zu verwalten. Das revolutionäre Russland beendete den Bürger*innen-Krieg erschöpft, verwüstet und isoliert. Eine Schicht von Bürokrat*innen, von denen viele sich ursprünglich der Revolution widersetzt hatten, entwickelte sich und wurde in Ermangelung einer internationalen Revolution gestärkt, fand mit Stalin einen Anführer und ergriff die politische Macht aus den Händen der geschwächten Arbeiter*innen-Bewegung. Sie festigte ihre Macht durch einen neuen Bürger*innenkrieg in den 30er-Jahren mit Massenverhaftungen, Terror und Hinrichtungen gegen die alten Bolschewiki. Sie hob deren Internationalismus auf und ersetzte ihn durch die rückschrittliche Ideologie des „Sozialismus in einem Land“. Tatsächlich

Aufgrund der Planwirtschaft und der Entschlossenheit der Massen in der Sowjetunion ging die UdSSR trotz der Unfähigkeit der stalinistischen Bürokratie aus dem 2. Weltkrieg siegreich hervor. Osteuropa, einschließlich eines Teils Deutschlands, wurde von der sowjetischen Armee kontrolliert. Im weiteren Verlauf brachen die alten bürgerlichen Staaten zusammen. In der Tschechoslowakei und anderswo keimten revolutionäre Bewegungen auf. Ursprünglich wollte Stalin den Kapitalismus in der Region aufrechterhalten, mit Marionetten-Regierungen als Puffer zwischen Ost und West. Aber diese Position erwies sich als nicht realisierbar. Eine Entwicklung unabhängiger sozialistischer Republiken würde die Herrschaft der UdSSR-Bürokratie untergraben. Deshalb löste die Sowjet-Armee unabhängige Aktionen von Arbeiter*innen und Aufständischen mit Gewalt auf. Die bürokratische Planwirtschaft wurde auf die gesamte Region ausgedehnt. Während die russische Revolution weiter degenerierte, wurden in Osteuropa die neuen Regimes von Anfang an in



dieser deformierten Form eingesetzt.

Obwohl die Planwirtschaft unter schrecklicher bürokratischer Misswirtschaft und Verschwendung litt, erwies sie sich eine Zeit lang dennoch als effizienter als die Marktwirtschaft. In den kriegszerstörten Volkswirtschaften Osteuropas war das Pro-Kopf-Wachstum in den zwanzig Jahren

tig dieselbe Bürokratie die zentrale Errungenschaft der Revolution (nicht-kapitalistische Planwirtschaft) als Grundlage ihrer Macht – vorerst – akzeptieren musste und ausbeutete. Doch solch ein System muss immer stärker in Konflikt mit den arbeitenden Massen geraten. Immer aggressiver wird die anti- und gegenrevolutionäre Rolle der Bü-

Alkohol zu Zuckerman gel, da allorts illegal gebrannt wurde. Die Unzufriedenheit in den Massen äußerte sich vor allem in einer Serie von Streiks im Bergbau im Juli 1989.

Eine wachsende Schicht der Bürokratie reagierte auf das Wanken ihres Systems: Man blickte zum Kapitalismus, um seine Haut zu retten. Der Übergang der Industrie in Privatbesitz sollte von ihr selbst vorgenommen werden; größtenteils direkt in die eigenen Taschen. Die Massenbewegungen in den verschiedenen Ländern ab 1989 waren zwar stark genug, die monolithisch wirkende politische Herrschaft der Parteibürokratien zu brechen – doch ohne eine Perspektive, wie der zunächst geforderte wirkliche, demokratische Sozialismus erkämpft werden könne, bedeutete der Sturz der alten Parteien ihre Wiederaufstehung als kapitalistische Wirtschaftseliten. Damit war die Grundlage für den Mafia-Kapitalismus der kommenden Jahrzehnte gelegt: Die Parteibonzen wurden zu Oligarch*innen, die sich gemeinsam mit ihren neuen Freund*innen aus den westlichen Chefetagen die profitablen Teile der Ruinen ihres alten Systems krallten. Ein Prozess, der auch die Grundlage für die in den letzten Jahren zunehmenden Proteste gegen Korruption, für Jobs und Löhne, von denen man leben kann, ist.

Die Parteibonzen von einst sind die Mafia-Kapitalist*innen von heute.

nach dem Krieg etwa 2,4 Mal so hoch wie in Europa insgesamt.

Doch dies förderte auch den Wildwuchs der Bürokratie: Als Stalin an die Macht kam, zählte die Bürokratie einige Hunderttausend. In den 80er Jahren wurde sie zu einem 20 Millionen starken, alles verbrauchenden Apparat. Ohne Arbeiter*innen-Demokratie zur Steuerung und Kontrolle der Wirtschaft hatte die Bürokratie einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums durch Diebstahl und Bestechung abgebaut. Die Verschwendung lag bei ca. 30% der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion. An ihrer Spitze stand eine kleinere Elite, deren absurder Lebensstil durch Breschnews riesige Sammlung an Luxusautos veranschaulicht wurde.

Man kann die Festigung der Bürokratie als Ausdruck der allgemeinen Gegenrevolution auffassen, wobei gleichzei-

rokratie in der täglichen Politik. Am Ende dieses Prozesses steht die Entscheidung: Wiederherstellung des Kapitalismus oder echter Sozialismus mit Arbeiter*innen-Demokratie.

Je komplexer die Wirtschaft wurde, umso schwerer wirkte der bürokratische Ballast und das Fehlen der Arbeiter*innen-Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft. Die Bürokratie reagierte darauf in eigener Weise: Mit den Schlagwörtern „Perestroika“ und „Glasnost“ zielte Gorbatschows Politik darauf ab, die Verschwendung der Bürokratie zu reduzieren, ohne ihnen die Macht zu nehmen (Reform von unten, um eine Revolution von unten zu verhindern). Sie öffnete die Tür zur Wiederherstellung des Kapitalismus. In der Sowjetunion selbst entwickelte sich eine schwere Krise. Zum Beispiel führte Gorbatschows Verbot von



Marx aktuell

Wer heute von der Notwendigkeit spricht, den Kapitalismus abzuschaffen, bekommt noch immer häufig zur Antwort, dass das in einer Diktatur enden müsse – wie man in der Sowjetunion gesehen habe. Doch der Stalinismus war keine zwangsläufige Folge der Russischen Revolution und der Politik der Bolschewiki. Es waren konkrete historische Umstände, die den Aufstieg einer bürokratischen Kaste ermöglichten, die heute zurecht allen Arbeiter*innen verhasst sein sollte.

Nach dem Sturz des Kapitalismus in Russland brach ein Sturm der Konterrevolution über die junge Rätedemokratie herein. 21 imperialistische Armeen versuchten, die Revolution aus Angst vor ihrer internationalen Ausbreitung im Keim zu ersticken. Obwohl es der hastig aufgestellten Roten Armee gelang, die neue Ord-

Woher kam der Stalinismus?

nung zu verteidigen, waren die Opfer immens. 6 Millionen Menschen starben im Bürger*innenkrieg bzw. an seinen Folgen, darunter viele der aufopferungsvollsten bolschewistischen Revolutionär*innen. Die internationale Ausbreitung der Revolution wurde verhindert – nicht nur durch Militär und Polizei, sondern auch mithilfe der sozialdemokratischen Führungen. Die junge UdSSR blieb isoliert.

Um die wirtschaftliche Rückständigkeit im Vergleich zum kapitalistischen Westen auszugleichen, wurde kleinbäuerlichen Schichten kapitalistischer Handel im Rahmen der NÖP (neue ökonomische Politik) gewährt. Die Plätze der verstorbenen Revolutionär*innen wurden von ehemaligen Beamten*innen des Zarismus und von Karrierist*innen aufgefüllt. Aus ihnen wurde die bürokratische Kaste, welche zunehmend an Macht gewann. Ihr Repräsentant wurde ausgerechnet Josef Stalin, welcher – bekannt für sein organisatorisches Talent – an die Spitze einer innerparteilichen Untersuchungskommission zur Bekämpfung des Karrierismus gesetzt wurde.

Die Bürokratie führte in den folgenden Jahren die Sowjetunion nicht mehr im Interesse der Arbeiter*innenklasse, sondern in ihrem eigenen. Danach richtete sich auch ihre Ideologie, wie der antistalinistische Revolutionär Leo Trotzki analysierte:

„Stalins Fraktion hat nicht im mindesten die unvermeidlichen Resultate der Entwicklung vorhergesehen, die ihr jedes Mal über den Kopf wuchsen. Sie reagierte darauf mit administrativen Reflexen, Die Theorie ihrer jeweiligen Wendung schuf sie nachträglich, ohne sich viel darum zu kümmern, was sie am Tage zuvor lehrte.“ (Leo Trotzki: Verratene Revolution, 1936)

Auch wenn der Stalinismus das Ergebnis von Faktoren war, die die Revolutionär*innen nur unzureichend beeinflussen konnten, heißt das nicht, dass es keine Lektionen für revolutionäre Organisationen gibt: Nur konsequente innerparteiliche Demokratie kann bürokratische Tendenzen im Zaum halten, nur eine internationale Revolution ermöglicht echte sozialistische Demokratie.

Moritz Erkl

Zum Weiterlesen

Leo Trotzki:

Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?

z.B. Mehring Verlag, 2016 (4. Auflage)



Weder Stalinismus noch Kapitalismus!

Die Aufgabe des Sturzes des Stalinismus und seine Ersetzung durch Arbeiter*innen- bzw. Räte-Demokratie unter Aufrechterhaltung und Ausbau einer nicht-kapitalistischen Planwirtschaft bezeichnete der Revolutionär Leo Trotzki einst als „politische Revolution“. Er verstand sehr früh, dass der Macht-Zuwachs der Bürokratie der Beginn einer in-

weiteres Prinzip unseres anti-stalinistischen Räte-Sozialismus: Internationalismus oder Niederlage!

Der 2. Weltkrieg schuf eine besondere Situation, da sich die Sowjetunion trotz bürokratischer Diktatur und faschistischem Feldzug auch aufgrund der wirksamen Vorteile der Planwirtschaft behaupten konnte. Das neue Gleichgewicht zwischen kapita-

um das machtvollste Mittel des Generalstreiks sammeln, enthielten Forderungen wie echte freie Wahlen, Beibehaltung des sozialistischen Eigentums in der Industrie, Betriebsräte mit unabhängigen Gewerkschaften, Streik- und Versammlungsrecht, Presse- und Religionsfreiheit. Moskau rollte mit Panzern jede dieser potentiellen Revolutionen nie-

Die Wirtschaft wuchs in den nächsten zehn Jahren kaum. Als Alexander Dubcek 1968 den Vorsitz der KP Tschechiens übernahm, startete er ein Programm zur Liberalisierung der Wirtschaft und zur Einführung begrenzter demokratischer Rechte – dem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Diese Bemühungen um die Öffnung der Gesellschaft fanden großes Echo bei den Massen. Zuerst versuchte der Kreml, Dubcek zum Rückzug zu bewegen. Im August wurde der Prager Frühling unter dem Druck der benachbarten stalinistischen Staaten, die eine Ausbreitung der Proteste befürchteten, unter den Ketten der Block-Panzer zerstört.

Als in Polen 1981 nach der Formierung der Gewerkschaft Solidarnosc mit 14 Millionen Mitgliedern General Jaruzelski das Kriegsrecht erklärte, hatte sich in Moskau der Wind bereits zu drehen begonnen. Teile der Bürokratie suchten zur Sicherung ihrer Herrschaft nach einem Ausweg mittels Änderungen in der wirtschaftlichen Struktur; der Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umstrukturierung). Die Bürokratie selbst blickte Richtung kapitalistischer Restauration.

In Polen selbst, wie später auch in anderen Ländern, intervenierten westliche kapitalistische Eliten sowie die katholische Kirche, um die anti-stalinistische Bewegung entscheidend in eine anti-sozialistische Richtung zu lenken. In der Folge konnten sich die pro-kapitalistischen Kräfte innerhalb von Solidarnosc durchsetzen.

Vor dieser Ausgangslage wurde 1989 der letzte Akt des Stalinismus eingeläutet. Die Massen setzten sich unaufhaltsam in Bewegung, wie etwa bei den Leipziger Montagsdemonstrationen. Die gewaltigen Ereignisse von 1989–91 zeigten die potentielle Macht organisierter Arbeiter*innen. Nur das Fehlen einer gefestigten politischen Organisation, welche in und mit den Massenbewegungen eine Räte-Demokratie errichten hätte können, ermöglichte der Bürokratie, die kapitalistische Transformation unter Beibehaltung autoritärer Strukturen und mit dem Schüren nationalistischen Hasses umzusetzen. Doch gerade die Erfahrungen der jungen Generationen mit den Folgen der letzten 30 Jahre seit der Wende bergen den Ansatz für einen neuen revolutionären Anlauf.

Zur „politischen Revolution“ fehlten die organisierten und verwurzelten revolutionären Kräfte.

neren und schleichenden Gegenrevolution nach der erfolgreichen Oktoberrevolution in Russland 1917 war. Die selben Entwicklungen erkannte auch Lenin, der seine letzten Lebensjahre dem Kampf gegen die Bürokratisierung widmete. Ein Hauptgrund lag in jenen Rückschlägen, welche die Revolution weltweit erlitt. Nichtsdestotrotz hätte eine erfolgreiche Rückeroberung der politischen Macht durch die organisierte Arbeiter*innen-Bewegung in einzelnen Ländern einen wichtigen Anstoß für andere Regionen, inklusive des kapitalistischen Westens, gegeben. Dies ist ein

listischer und nicht-kapitalistischer Welt enthielt ab den 1950ern viele osteuropäische Länder, in denen nicht nur der Kapitalismus diskreditiert war, sondern auch die Herrschaft der Bürokratie bekämpft wurde. Wäre in der DDR 1953 oder Ungarn 1956 die politische Revolution mit der Festigung einer Räte-Demokratie gelungen, hätte dies höchstwahrscheinlich eine Kettenreaktion ausgelöst. Millionen Menschen wären weltweit inspiriert worden, ihr Schicksal kollektiv in die eigenen Hände zu nehmen und den jeweiligen Eliten zu entreißen.

Die Programme der Bewegungen, die sich jeweils

der. Dadurch wurde verständlicherweise unter Arbeiter*innen im Westen das sowjetische System immer unbeliebter. Für die herrschenden Eliten im Westen war es wichtig, vom eigentlichen pro-sozialistischen Programm der Aufständischen abzulenken. Dem spielte die Ostblock-Bürokratie in die Hände, da sie überall „pro-kapitalistische Verschwörungen“ ausmachte.

Der nächste große Konflikt wurde als „Prager Frühling“ 1968 bekannt: 1953 hatte der Kreml eine Währungsabwertung angeordnet, die den Lebensstandard um 11% senkte.

Macht Julia den Jeremy?

Mit **Julia Herr** ist die Vorsitzende der Sozialistischen Jugend für die SPÖ in den Nationalrat eingezogen. Ihre Kampfansage klingt erst einmal gut: soziale Themen in den Vordergrund stellen, kompromissloser Antirassismus. Für die SPÖ will sie die Wiederbelebung von Basisstrukturen und klare Prinzipien statt einer Realpolitik, die genau das Gegenteil von dem umsetzt, was vor der Wahl versprochen wurde. Auch Frauenrechte sind ihr ein Anliegen und in Interviews hat sie sich sogar für die Entzerrung von Superreichen ausgesprochen.

Nun wird es spannend, ob Herr dabei bleibt oder sich, wie unzählige Linke in der SPÖ-Geschichte, anpasst und den Klub- bzw. Sachzwängen beugt. Dass sie bei der Abstimmung über den 3. Nationalratspräsidenten Hofer nicht lautstark ihre Ablehnung kundgetan hat (sondern nur still gegen ihn gestimmt hat), hat wohl manche in der SJ enttäuscht. Zu Recht.

Wird Herr das Mandat nutzen, um z.B. die Rücknahme des 12-Stundentags offensiv zu thematisieren? Oder eine Kampagne auch außerhalb des Nationalrats zu organisieren, damit Abtreibung in allen öffentlichen Spitälern auf Krankenschein möglich ist? Wird sie sich für die

Entzerrung von Klimakillern und die Umstellung der Produktion unter Kontrolle der Beschäftigten stark machen? Wird sie den vollen Nationalratsbezug von 8.930,90 kassieren oder nur 2.300,- behalten, was dem durchschnittlichen Nettoeinkommen entspricht (und ohnehin weit über dem ist, was die Mehrheit verdient), um nicht abgehoben zu werden?

Das Problem ist der Charakter der SPÖ selbst und das Fehlen einer organisierten SPÖ-Linken mit klaren Zielen. Die SPÖ definiert sich durch ihre „staatstragende Verantwortung“ (sprich: Systemerhaltung). Entsprechend benutzt sie ihren Einfluss auf die Gewerkschaften um alle wichtigen Kämpfe zu verhindern. Wird Herr einen linken Flügel in der SPÖ aufbauen, der mehr macht, als nur eine zahnlose „Parteireform“? Wenn es ihr mit den Forderungen und einem wirklichen Kurswechsel der SPÖ ernst ist, muss sie schleunigst die verbliebenen Linken in der Partei gegen die Führung organisieren und den politischen Kampf außerhalb des Parlaments führen. Sonst wiederholt sie den Werdegang von Josef Cap – der war auch mal ein linker „Rebell“.

Jan Millionig und
Sonja Grusch



Demos nach Terror in Halle

Ein Mann erschießt in Halle zwei Menschen aus Frust darüber, dass er kein größeres Blutbad anrichten

sismus und Neonazis, aber auch gegen den Einmarsch türkischer Truppen in Rojava zu demonstrieren.

Gemeinsam gegen rechten Terror, Antisemitismus und das System, das sie hervorbringt!

konnte. Tausende Menschen gehen daraufhin gegen Antisemitismus und rechten Terror auf die Straße. In Hamburg finden sie einen gemeinsamen Nenner mit den Demos gegen die imperialistischen Ambitionen Erdoğan in Nordsyrien. Statt der erwarteten 400 waren 4.000 auf der Straße, um gegen Ras-

Auch in vielen anderen Städten gingen Menschen als Reaktion auf den Anschlag in Halle auf die Straße. In Berlin waren 14.000 Menschen bei der „Unteilbar“ Demo. Aktivist*innen unserer deutschen Schwesterorganisation SAV waren Teil der Mobilisierungen. Sie machten darauf auf-

merksam, dass die Probleme mit rechtem Terror struktureller Natur sind: Die wachsende soziale Ungleichheit schafft den Nährboden für rassistische und faschistische Ideologien. Staat und herrschende Politik sind Teil des Problems, denn auch sie müssen im Wettbewerb am Weltmarkt auf „nationale Einheit“ setzen. Hier schließt sich der Kreis zu Erdoğan, der mit ähnlichen Mitteln wie Rechte in Deutschland die türkische und die kurdische Bevölkerung gegeneinander ausspielt, um die imperialistischen Interessen des Kapitals in der Region durchzusetzen.

Ignaz Staudinger

Warum ich bei der SLP bin

Ich bin 17 Jahre alt, seit 4 Monaten politisch aktiv und komme aus Attnang-Puchheim. Schon als Kind habe ich kritisches und soziales Denken in die Wiege gelegt bekommen. Mit 16 bin ich dann auch auf Demonstrationen gegen Schwarz-Blau oder den Burschenschaftler-Ball gegangen, da es für mich nicht akzeptabel ist, so eine Politik, so einen Rassismus und so eine Ausbeutung zuzulas-

sen. Auf einer Donnersdays-Demo habe ich die SLP kennengelernt und habe mich auch zu anderen Organisationen informiert. Für mich war klar: Ich muss aktiv werden. Also ging ich zu einem Treffen der SLP in Vöcklabruck. Das Treffen war sehr überzeugend und ich war erstaunt, in welchen Bereichen die SLP aktiv war. Die Statuten und Forderungen stimmten auch mit meiner Einstellung überein,

weswegen ich auch direkt beitreten wollte. Nachdem ich gehört hatte, dass die SLP auch international aktiv ist, fiel mir die Entscheidung nochmal leichter, denn Probleme wie der Klimawandel können nur richtig international behoben werden. Nachdem ich nun 4 Monate dabei bin, bin ich mir im Klaren, dass es die richtige Entscheidung war.

Paul Horner,
Schüler

Kopf des Monats



Mülkiye Laçın ist seit 25 Jahren Freizeitpädagogin in Wien. Nun wurde sie im Urlaub in ihrem Heimatdorf in der Türkei festgenommen. Das Erdogan-Regime kriminalisiert sie, weil sie sich auch für die Rechte von Frauen und Kurd*innen einsetzt. Ihre Kolleg*innen im Betriebsrat starteten nun die Kampagne „Free Mülkiye“.



Trudeau: Der Lack ist ab

Bei den Wahlen 2015 versprach Trudeau "sonnige Wege" – inklusive Wahlreform, Bekämpfung des Klimawandels, Verringerung der Ungleichheit, Verbesserungen für Frauen und die indigene Bevölkerung und mehr. Seine Liberale Partei (LP) gewann, er wurde Premierminister und die bis dahin regierende sozialdemokratische NDP ver-

Anm.) nach Vancouver zu transportieren. Für 15 Milliarden Dollar wurden Waffen nach Saudi-Arabien verkauft. Im Frühjahr 2019 folgte ein Bericht, dass der Premierminister und sein Büro Druck auf die Generalstaatsanwaltschaft ausgeübt hatten, um die Strafverfolgung korrupter Machenschaften des Großkonzerns SNC-Lavalin einzustellen.

verstärkte es den Zynismus gegenüber Politiker*innen – dass sie alle heucheln. Das Wahlergebnis ist aber nicht nur das Ergebnis der jüngsten Skandale, sondern der letzten Jahre, in denen der Unterschied zwischen Schein und Wirklichkeit deutlich wurde. Die LP blieb mit 157 Sitzen hinter den nötigen 170 zurück und wird als Minderheits-

in den USA oder Jeremy Corbyn in Britannien hat sie keine neue Basis mit einer mutigen Politik aufgebaut. Sie beschränkt sich auf den Glauben, sie könne den Kapitalismus besser managen. Wahlgewinner waren folglich die Konservativen und der Bloc Québécois, der sich auf die französische Identität und die Souveränität von Quebec konzentrierte, während die rassistisch/nationalistische Partei von Maxime Bernier weniger als 2 Prozent erhielt.

Trudeau konnte bisher noch von einer relativ guten wirtschaftlichen Lage profitieren. Doch die Wolken am Himmel der Weltwirtschaft werfen auch auf Kanada ihren Schatten. Die meisten Kanadier*innen sind bis zum Hals verschuldet. Vor allem in Toronto und Vancouver droht die enorme Immobilienblase zu platzen. Die hohe Exportquote macht die kanadische Wirtschaft und die kanadischen Beschäftigten stark abhängig von der Entwicklung der Weltwirtschaft. Gleichzeitig zeigt ein Bericht der Statistics Canada, dass kanadische Unternehmen unglaubliche 353 Milliarden Dollar in Steueroasen geparkt haben. Was könnte mit diesem Geld für Jobs, Soziales, leistbares Wohnen, öffentlichen Ver-

kehr und die Umwelt geschaffen werden, wenn es aus dem Privatbesitz in die öffentliche Hand und unter Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter*innenklasse gestellt würde!

Eine Umfrage von Ipsos zeigte auf, dass 67% meinen, dass die Wirtschaft zugunsten der Reichen und Mächtigen funktioniert und 61% sagen, dass die traditionellen Parteien sich nicht um Menschen wie sie selbst kümmern. Gleichzeitig gibt es Raum für eine selbstbewusste und kampagnenorientierte linke Partei, was sich u.a. darin zeigt, dass 58% der Kanadier*innen eine positive Meinung von „Sozialismus“ haben.

Kanada steht eine instabile Minderheitsregierung ins Haus. Die sich ankündigende Rezession wurde im Wahlkampf völlig ausgeblendet. Doch Wirtschaftskrisen und das ökologische Desaster basieren nicht auf Managementfehlern, sondern sind das Ergebnis des Kapitalismus selbst. Die heraufziehende Wirtschaftskrise und das ökologische Desaster machen einmal mehr deutlich, dass das „managen“ des Kapitalismus keine adäquate Antwort ist.

Bill Hopwood,

Socialist Alternative (Kanda),
socialistalternative.ca

Rückschlag für Justin Trudeau, den ehemaligen Liebling der Liberalen auf der ganzen Welt.

lor mehr als die Hälfte ihrer Sitze. In den ersten Monaten seiner Amtszeit polierte Trudeau sein Image als Fortschrittlicher weiter auf, mit der Ernennung eines Kabinetts mit 50% Frauen, mit der Ankündigung am Pariser Klimagipfel, dass "Kanada zurück ist", sowie dem Versprechen, die Rechte der Indigenen Bevölkerung zu respektieren. Trumps Wahl im November 2016 bestärkte Trudeaus Image als progressiver Kontrast.

Doch seither verblasst dieser Glanz. Die versprochene Wahlreform hat er aufgegeben. Unter seiner Regierung wurde für 4,5 Milliarden Dollar eine Pipeline angeschafft um verdünntes Bitumen (ein Kohlenwasserstoffgemisch,

len. Der Skandal offenbarte die schmutzigen Verbindungen der Regierung zum Großkapital. Keine Überraschung für Marxist*innen, aber schmerzhaft für Liberale. Leah McLaren schrieb über den SNC-Lavalin-Skandal: „Es war, als würde man zusehen, wie ein Einhorn von einem Lastwagen zerquetscht wird“. Für viele Kanadier*innen bestätigte sich, dass die Liberale Partei wie alle anderen auch im Wahlkampf Veränderung verspricht und wenn sie gewählt ist, im Sinne der großen Konzerne regiert.

Zum Absturz Trudeaus trug im September die Veröffentlichung einiger Fotos von ihm mit „Blackfacing“ Make-up bei. Obwohl das die öffentliche Meinung kaum beeinflusste,

regierung nach Bündnispartnern suchen müssen.

Doch auch die frühere Regierungspartei NDP verlor weiter. Sie versprachen zwar im Wahlkampf, die Subventionen von jährlich drei Milliarden an die Öl- und Gasindustrie einzustellen, den öffentlichen Verkehr und das Gesundheitssystem auszubauen und 300.000 neue, gute Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Gegenüber den weitgehend unbeliebten konservativen Tories sind und den stark angeschlagenen Liberalen, wäre das ein guter Boden für die NDP gewesen. Doch nach der Wahlniederlage von 2015 war die Partei für mehrere Jahre weitgehend unsichtbar. Im Gegensatz zu Bernie Sanders

Chile despertó

„Chile ist erwacht“ steht auf den Schildern vieler Menschen, die auf die Straßen des lateinamerikanischen Landes strömen. Und tatsächlich: An einer Fahrpreiserhöhung der U-Bahn in der Hauptstadt Santiago entzündete sich der Unmut großer Teile der Bevölkerung.

Mittlerweile hat das Militär mehrere Menschen ermordet, der Ausnahmezustand mit nächtlichen Ausgangssperren wurde verhängt und der Präsident spricht gar von „Krieg“. Die Soldaten auf den Straßen wecken bei vielen böse Erinnerungen an die Zeit unter dem Diktator Pinochet.

Dabei galt das Land bei finanzstarken Investor*innen bisher als „Musterschüler“ – also als Garant für fette Profite. Die Regierung des Millionärs Piñera setzt auch in seiner zweiten Amtszeit alle Hebel in Bewegung, es den internationalen Geldgeber*innen im Land gemütlich zu machen. Das Wohl der „kleinen Leute“ bleibt dabei zwangsweise auf der Strecke. So wundert es nicht, dass Chile trotz des höchsten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der Region von extremer Ungleichheit geprägt ist. Das Wirtschaftswachstum wurde in diesem Jahr auf stolze 2,5 % geschätzt, die aber nur bei einer kleinen Elite ankommen. Die große Mehrheit

der Chilen*innen kämpft dagegen täglich ums Überleben. Der Mindestlohn liegt bei mageren 370€ und über 50 % der Beschäftigten hat weniger als umgerechnet 500€ monatlich zur Verfügung – und das bei sehr hohen Lebenshaltungskosten, die auf mitteleuropäischem Niveau liegen. Gerade junge Menschen ächzen unter dem finanziellen Druck, denn ohne teure private Bildung ist im späteren Berufsleben mit keinem halbwegs anständig bezahlten Job zu rechnen. Die Meisten schaffen das nur über Kredite und werden schwer verschuldet ins Arbeitsleben entlassen. Ein menschenwürdiges Leben ist so nicht möglich.

Die Proteste und Aufrufe zum Generalstreik sind daher ein erster, wichtiger Schritt und Teil von Bewegungen und Erhebungen in ganz Lateinamerika. Die Arbeiter*innenklasse braucht jetzt eine revolutionäre Kraft, in der sie ihre Macht kanalisieren kann. Bei der Bewegung gegen Pinochet gab es internationale Solidarität der Arbeiter*innenbewegung – daran müssen wir heute anknüpfen. Der Kapitalismus muss überwunden werden, denn in diesem Wirtschaftssystem kann es kein gutes Auskommen für alle geben!

Philipp Kollien



Hongkong: Warum Xi zittert

Das **chinesische** Regime verbreitet das Märchen, die USA würden eine Revolution steuern, um China zu schwächen. Damit will es

der – sind es doch maoistische Studierende, die die Parteilinie eines „Sozialismus chinesischer Prägung“ kritisieren, während die

wegung in Hongkong würde der arbeitenden Klasse auf dem Festland vor Augen führen, dass die Machtdiktatur um Präsident Xi nicht so unbesiegbar ist, wie sie es behauptet.

Da wundert es nicht, dass regimetreue Schlägerbanden Jagd auf ihre Gegner*innen machen. Das Büro der „Sozialistischen Aktion“ (Hongkonger Schwesterorganisation der SLP) wurde am 17. 10. zum wiederholten Male überfallen, 20.000 Hongkong-Dollar (etwa 2300 €) sowie sechs Computer und anderes Equipment wurden gestohlen.

Oliver Giel

Hier werden Spenden gesammelt: gofundme.com/f/hongkong-robbery-at-socialist-actions-office

Das Regime in China fürchtet, dass die Bewegung in Hongkong auch Proteste am Festland befeuert.

verhindern, dass die Bewegung in Hongkong die sozialen Widersprüche in China selbst befeuert.

Die nächste Wirtschaftskrise kündigt sich an und die Lebensmittelpreise steigen. Entsprechend regt sich auch auf dem Festland Widerstand. Hier wird die nationalistische Propaganda einer ausländischen Verschwörung noch absur-

„Kommunistische“ Partei die Verschmelzung des chinesischen Kapitals mit multinationalen Konzernen vorantreibt.

In Xinjiang wehrt sich die uighurische Volksgruppe gegen kulturelle Unterdrückung, etwa die Zerstörung jahrhundertalter Friedhöfe, und wird dafür tausendfach in Arbeitslager gesperrt. Ein Erfolg der Be-

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI-Mehrheit)

Belgien: 14€ Mindestlohn

Kürzungen im Sozial- & Bildungsbereich führen dazu, dass die Frauen verstärkt die Pflege und Erziehung übernehmen müssen. Auch werden gezielt Frauen in die Teilzeitarbeit gedrängt. Deswegen formiert sich gerade in Belgien ein Protest unter dem internationalen Banner der sozialistisch-feministischen Kampagne ROSA. Die Aktivist*innen betonen, dass der Kampf gegen Sexismus auch ein Kampf gegen finanzielle Abhängig-

keit ist. Deswegen lauten die Forderungen: 14€ Mindestlohn, Erhöhung des Arbeitslosengeldes über die Armutsgrenze und eine Mindestpension von 1.500€. Um das zu erreichen, braucht es eine gewerkschaftliche Front, die Betriebsversammlungen und Streiks organisiert. Es ist notwendig, möglichst viele Arbeiter*innen in den Kampf einzubinden und den Kampf gegen Kürzungen zu verallgemeinern..

socialisme.be

Griechenland

Vor 6 Jahren wurde in Athen der Antifaschist Pavlos Fyssas von den faschistischen „Goldenen Morgenröten“ (GM) ermordet. Der Prozess gegen die Mörder geht dem Ende zu. Unsere Schwesterorganisation Xekinima kämpft dafür, dass GM nicht nur vor Gericht, sondern auch auf den Straßen besiegt wird. Sie organisierte mit linken Organisationen eine Demo, welche Pavlos' Mutter anführte.

net.xekinima.org

Irland: My Union, My Choice!

In Irland steht das Recht auf gewerkschaftliche Organisation unter Beschuss. Die Verwaltung des irischen Gesundheitsbereichs versucht, den Beschäftigten der Krankentransporte die gewerkschaftliche Organisation zu erschweren, indem sie die von ihnen gewählte Gewerkschaft (NASRA) nicht anerkennt. Die Beschäftigten und die Socialist Party (Schwesterorganisation der SLP) wehren sich gegen diese Angrif-

fe. Sie organisieren eine Kampagne, die mithilfe von Kundgebungen und Unterschriftenlisten auf den Kampf der Beschäftigten aufmerksam macht. Die Arbeiter*innen haben seit Jänner bereits mehrere 10-Stunden-Streiks und einen 24-Stunden-Streik hinter sich. Am 23.10 fand ein internationaler Aktionstag statt. In über 10 Ländern, darunter auch in Österreich, fanden Solidaritätsaktionen statt.

nasra.ie, socialistparty.ie



Können CO₂-Steuern das Klima retten?

Wenn ich sie nicht bekämpfen kann, muss ich mit den Wölfen heulen – und vielleicht sogar was für mich dabei herauschlagen. Das ist der Hauptgrund, warum Konzerne wie Shell, BP, ExxonMobil oder VW und General Motors sich international für eine CO₂-Steuer einsetzen. Da-

stoß jedoch nachhaltig gesunken. Stattdessen werden arbeitende Menschen zur Kasse gebeten, während multinationale Großkonzerne weitgehend von den Steuern ausgenommen sind. Die Kosten für den Klimawandel werden nach unten abgewälzt. Jene Konzerne, die für die Klima-

sile Brennstoffe angewiesen wären. Das gilt entweder, weil es keine adäquate öffentliche Verkehrsinfrastruktur gibt, oder weil die Vermieter*in eine Gasheizung installiert hat und nicht einmal daran denkt, diese auszutauschen. Die Lösung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die

hart daran arbeiten, solche Steuern zu verhindern. Sie wollen die Kosten lieber auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen, siehe oben. Auch muss man verhindern, dass Steuern auf Konzerne einfach auf Konsument*innen abgewälzt werden, indem man Preise und Gebühren erhöht. Hier bräuhete es eine staatliche Preissteuerung. Die Forderung nach höheren Steuern für Konzerne und Superreiche muss deshalb mit einer Strategie zur Durchsetzung derselben versehen werden. Dazu gehört die Forderung nach Enteignung und Vergesellschaftung der Banken und Konzerne unter der demokratischen Kontrolle von Beschäftigten und Konsument*innen.

In eine ähnliche Richtung wie die Reichensteuer geht die Forderung nach einer CO₂-Steuer auf Importe aus Ländern, in denen besonders klimaschädlich produziert wird. Hier fallen als erstes Namen wie China oder die USA. Auch mit einer solchen Forderung können manche Industrielle etwas anfangen, zum Beispiel in der Stahlbranche. Dort sieht man CO₂-Steuern auf Stahlimporte als eine Möglichkeit, um die Billigkonkurrenz aus dem Ausland raus zu halten.

Aus sozialistischer Sicht ist einerseits klar, dass in der kapitalistischen Weltwirtschaft auf völlig blö-

sinnige Weise Güter über tausende Kilometer verschifft werden, meist ohne guten Grund. In einer Welt ohne Profitstreben könnte man zum Beispiel auf Sojaimporte aus dem brasilianischen Regenwaldgebiet verzichten.

Andererseits: Warum sollte man die „heimische“ Großindustrie einfach weitermachen lassen wie bisher? Zwar werden sie in Ländern wie Österreich zu stärkeren Umweltauflagen gezwungen. Wenn die selben Konzerne in Afrika oder China produzieren, scheuen sie sich nicht darum. Konzerne halten sich nur an Regeln, wenn man sie zwingt. Sozialist*innen stellen diesem Chaos eine internationale demokratische, ökologische geplante Wirtschaft entgegen.

Letztendlich gilt bei der Klimafrage das selbe wie bei vielen anderen Themen. Man hat keine Kontrolle über das, was einem nicht gehört. Um den weltweiten CO₂-Ausstoß zu senken, müssen alle großen Industrien, einschließlich der großen Agrarkonzerne, in die Hände der Allgemeinheit wechseln und demokratisch verwaltet werden. Dann kann schnellstmöglich mit der nachhaltigen, sozialistischen Umgestaltung begonnen werden.

Christian Bunke

*Viele Klimaschützer*innen fordern solche Steuern. Doch ihre positive Wirkung muss bezweifelt werden.*

mit rennen sie bei vielen Klimaschützer*innen offene Türen ein. Auch Parteien von Grün bis Neos sind dafür. Schließlich würden dann die Steuereinnahmen sprudeln. Doch ist hier schon ein erstes Problem – wer will schon eine sprudelnde Quelle versiegen lassen?

Verschiedene Varianten einer solchen Steuer werden diskutiert. Am bekanntesten ist jene, die am Massenverbrauch und somit am Konsum ansetzt. Die Idee: Man setzt Steuern und Abgaben auf fossile Brennstoffe hinauf, macht sie für Verbraucher*innen teurer und sorgt so für sinkenden Verbrauch.

Das Problem: Es funktioniert nicht. Schweden, Frankreich, die Schweiz und andere haben verschiedene Varianten solcher Steuern eingeführt. Nirgends ist der CO₂-Aus-

stoß jedoch nachhaltig gesunken. Stattdessen werden arbeitende Menschen zur Kasse gebeten, während multinationale Großkonzerne weitgehend von den Steuern ausgenommen sind. Die Kosten für den Klimawandel werden nach unten abgewälzt. Jene Konzerne, die für die Klima-

krise mit am meisten verantwortlich sind, sind aus dem Schneider und machen weiter wie zuvor. Noch schlimmer wird es, wenn CO₂-Steuern verwendet werden, um andernorts Sozialabbau zu betreiben. Eine Hauptursache für die Gelbwestenproteste in Frankreich war, dass CO₂-Steuern geplant waren, um gleichzeitig die Vermögenssteuer abzuschaffen. Auch in Schweden fielen Kapitalsteuern mit Einführung einer CO₂-Abgabe. In Ecuador führte die Abschaffung von staatlichen Subventionen auf Benzin zu Massenprotesten arbeitender Menschen. Kein Wunder, gibt es dort doch so gut wie kein öffentliches Transportwesen, Benzin ist also überlebenswichtig.

Auch in Österreich gibt es viele, die trotz erhöhter Steuern weiter auf fos-

nur gegen, nicht mit den Großkonzernen gelöst werden kann.

Aber was ist, wenn man stattdessen einfach die großen Konzerne direkt zur Kasse bittet, um so die Kosten von nötigen Infrastrukturmaßnahmen gegenzufinanzieren? Das würde zum Beispiel beim Aufbau des öffentlichen Nahverkehrs helfen und Sinn machen!? Sinn machen würde dies zweifellos, wie auch sonstige Forderungen nach Reichen- und Vermögenssteuern zu befürworten sind. Allerdings würden solche Maßnahmen von Konzernen und Superreichen als Angriff auf ihren Lebensstil und ihre Profite gesehen. Was ja auch stimmt.

Das bedeutet, dass die großen Konzerne gemeinsam mit ihren Freund*innen in Politik und Staatsapparat

Fünf Gründe, warum...

1 In der bürgerlichen Demokratie werden „Vertreter*innen“ gewählt, die keine sind, aber Gesetze für alle machen. Sie werden nur alle 5 Jahre gewählt und sind dazwischen nicht abwählbar. Für gebrochene Wahlkampfversprechen

...wir keine echte Demokratie haben.

oder Sozialabbau, der Leben zerstört, gibt es keinerlei vorgesehene Konsequenzen.

2 Wer zahlt, schafft an: Hürden für Wählbarkeit und Veränderung sind hoch. Das Sammeln von Unterstützungserklärungen, die 4 %-Hürde und Wahlkampf sind vor allem von finanzieller Stärke abhängig. Geld für die eta-

blierten Parteien kommt oft von Unternehmen und Superreichen. Die Gewählten vertreten also nicht die Bevölkerung, sondern das Kapital.

3 Rund 1,1 Millionen Menschen im Wahlalter sind in Österreich von Wahlen

ausgeschlossen. Meist fehlt ihnen die Staatsbürgerschaft, weil Österreich eines der restriktivsten Länder bei Einbürgerungen ist. Aber auch 15-Jährige, die schon arbeiten, dürfen noch nicht wählen.

4 Die Wahl zwischen Pest und Cholera hielt bei der vergangenen Nationalratswahl rund 1,5

Millionen (wahlberechtigte) Menschen davon ab, zu wählen. In Summe sind also mehr als 2,6 Millionen Menschen, die hier leben, arbeiten, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen und von Gesetzen betroffen sind, an der ohnehin geringen Mitbestimmung nicht beteiligt.

5 Haben Sie Ihre*n Chef*in gewählt? Die wichtigsten Lebensbereiche, Arbeit und Wirtschaft, finden fast gänzlich ohne demokratischen Prozess statt. Was wie produziert wird, wie gearbeitet wird, bestimmen Eigentümer*innen und Bosse ganz ohne Mitbeteiligung von Arbeitenden und Konsument*innen.

Helga Schröder

Vor 30 Jahren...



Die UNO-Kinderrechtskonvention, die am 20.11.1989 einstimmig beschlossen wurde, umfasst zehn Grundrechte zum Schutz von Kindern. Offiziell werden diese von mehr Staaten unterstützt als alle anderen UN-Vereinbarungen. Dass dies eher ein symbolischer Akt als ein verbindlicher Vertrag ist, zeigt der Weltkindergipfel im Jahr 2000, der die ernüchternde Bilanz zieht: „Zehn Jahre nach Einführung der UNO-Kinderrechte hat sich die Welt für Kinder und Jugendliche nicht verbessert“. Für ein Ende des Sozialabbaus und ausreichende Finanzierung für Kinder- und Jugendeinrichtungen können wir uns nicht auf UNO & Co. verlassen, dass müssen wir selbst erkämpfen.

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen! Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Klimakiller OMV

Alle reden über das Klima, von Kurz bis zum Papst. Doch jenseits der leeren Worte zerstören Kon-

für das Klima bedeutend. Die bürgerliche Politik – inklusive der Grünen – schweigt dazu. Sie

mastreik am 29.11. startet in Wien bei der OMV. Das ist ein richtiges Zeichen! Es gilt, die Boh-

müssen unsere Verbündeten werden. Sie sind die wahren Expert*innen für die Ressourcen und wie diese für nachhaltige Energieformen genutzt werden können. Für einen solchen Umstieg braucht es nicht weniger, sondern mehr Jobs im Energiesektor. Entzignung der OMV reicht nicht: Sie muss von den Beschäftigten demokratisch weitergeführt werden!

Till Ruster

Weg mit dem Profitmotiv – Umstellung der Produktion unter Kontrolle der Beschäftigten!

zerne weiterhin Umwelt und Klima. Die OMV etwa erschließt im Mühlviertel weitere Millionen Barrel Öl zur Förderung – wissend, was das

könnte das Projekt verhindern, doch im Zweifel stellt sie sich schützend vor die Profitinteressen der Konzerne. Der nächste globale Kli-

mung zu verhindern, aber das ist nicht genug. Ein Ölkonzern wird Öl fördern; die Führung der OMV ist unser Gegner. Die Beschäftigten aber

Termin

Eine Welt zu gewinnen

2 Tage

Diskussionen über Widerstand und Solidarität

8.+9. November

Gudrunstraße
135, 1100 Wien

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
in der 'Stadtschenke'
Neutorgasse 22

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
in der 'Alten Welt'
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café Mayr'
Bahnhofstraße 1

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
in der 'Zypresse'
7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)



Gibt es nicht aus Profitstreben. Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-

Sozial-Abo: € 14,-

(für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-inclusive-Abo: ab € 7,-/Monat

Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 2560000000000000000000000000000000

BIC: OPSKATWW

> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | /slp.cwi

